

Nach der sogenannten Privatisierung im Jahr 2003, bei der die Bundesanteile der Flughafens Innsbruck an die beiden Gebietskörperschaften Stadt und Land verteilt wurden, welche diese wiederum an die Innsbrucker Kommunalbetriebe IKB weitergaben, erfolgte im Herbst 2008 eine neuerliche Änderung der Eigentümerstruktur an der Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft TFG.

Stadtgemeinde (Gemeinderatssitzung 23.10.2008) und Land Tirol (Regierungssitzung im November 2008) veräußerten jeweils 1% ihrer Anteile an der TFG an die IKB.

17. IV 14656/2008

**Innsbrucker Kommunalbetriebe
AG (IKB), Angebot an die Stadtgemeinde
Innsbruck zum Erwerb
einer 1 %-Beteiligung an der Tiroler
FlughafenbetriebsgesmbH
(TFG)**

Beschluss (einstimmig; bei Stimmenthaltungen von GRÜNE, Liberales Innsbruck, FREI und FPÖ; 14 Stimmen):

Antrag des Stadtsenates vom 22.10.2008:

1. Die Stadtgemeinde Innsbruck nimmt das von der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (IKB) gelegte Angebot hinsichtlich des Erwerbs einer 1 %-Beteiligung an der Tiroler FlughafenbetriebsgesmbH (TFG) zu einem

Preis von **_ 140.000,--** anstatt **_ 128.000,--** (gemäß Abänderungsantrag von Bgm.in Zach) an. Dies unter der Bedingung, dass das Land Tirol einen gleich lautenden Beschluss fasst.

2. Mit der finanziellen Abwicklung wird die Mag.-Abt. IV, Finanzverwaltung und Wirtschaft, beauftragt.

Flughafen-Anteile: Den Verkauf eines Geschäftsanteils von einem Prozent der Tiroler Flughafenbetriebs m.b.H. an die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG zu einem Verkaufspreis von 140.000 Euro beschloss die Landesregierung auf Antrag von LRⁱⁿ **Patrizia Zoller-Frischauf**.
Publiziert am: 04.11.2008 13:25

Nunmehr gelten also folgende Eigentumsverhältnisse:

- 51,0% IKB
- 24,5% Stadtgemeinde Innsbruck
- 24.5% Land Tirol

Unter Berücksichtigung der Situation, dass die IKB zu 50% im Eigentum der Stadt Innsbruck und zu 50% im Eigentum der TIWAG stehen, lauten die tatsächlichen Besitzverhältnisse

Stadtgemeinde Innsbruck 50% +1 Aktie
Land Tirol: 50% -1 Aktie

Die realen Eigentumsverhältnisse veränderten sich dadurch nicht, formal jedoch ist die IKB der Mehrheitseigentümer an der TFG. Der Zweck dieser Maßnahme liegt gemäß Begründung im Gemeinderat darin, dass die IKB durch ihren Mehrheitsanteil die Möglichkeit erhält, den von der TFG erwirtschafteten Gewinn mit eigenen Verlustposten auszugleichen und dadurch die Abführung von Steuern auf den Gewinn vermieden wird.

Neben diesem steuerlichen Vorteil für die IKB ergibt sich auch ein zweiter Vorteil für Stadt und Land, welcher nicht offiziell mitgeteilt wird: Dadurch, dass die IKB nunmehr Mehrheitseigentümer ist, wird die politische Kontrolle der TFG deutlich erschwert. Fühlten sich schon bisher Stadt und Land ausschließlich für die Gewinnmaximierung des Flughafens zuständig, so wird durch diese formale Eigentumsverschiebung zur „privaten“ IKB die Nichtverantwortlichkeit von Stadt und Land quasi

zementiert. Die öffentliche Hand Stadt und Land wiederum zieht sich aus der politischen Verantwortung gegenüber der Bevölkerung in Bezug auf den Flughafen zurück, weil sie formal nur geringe Eigentumsanteile aufweisen.

Und dies trotz der Zusammensetzung des Aufsichtsrates des Mehrheitseigentümers IKB mit drei Mitgliedern des Stadtsenats, welche die direkte Abhängigkeit von der Stadtgemeinde Innsbruck zeigt:

- Univ.-Prof. Dr. Manfred Gantner, Vorsitzender
- Dr. Bruno Wallnöfer, stellv. Vorsitzender
- DI Alfred Fraidl
- Dipl.-HTL-Ing. Walter Peer
- DI Dr. Herbert Hönlinger
- Dr. Josef Hörnler
- Vbgm. HR DI Eugen Sprenger
- Vbgm. Mag. Dr. Christoph Platzgummer

Und die IKB stellt zwar mit dem Direktor Elmar Schmid den Aufsichtsratsvorsitzenden der IKB, zuständig für alle Bereich des Flughafens fühlt er sich nach eigenen Angaben auch nicht. So ist er beispielsweise nicht willens, eine Gespräch mit Anrainervertretern zu führen, weil er sich nur als Steuerprofiteur nicht aber als Verantwortlicher des Flughafens sieht.

Und so wird die politische Zuständigkeit aus den zuständigen politischen Gremien eliminiert, die Frau Bürgermeister und der Herr Landeshauptmann müssen keine Rechenschaft über die Aktivitäten der TFG geben, und bei der IKB ist eine politische Nachfrage nicht möglich.

Defacto wird damit eine Flughafenpolitik, die mehr sein sollte als ein Schielen auf maximale Flugbewegungen und Ausdehnung der Betriebszeiten, eingestellt. Lärmabhängige Gebühren, die diesen Namen verdienen, Lärmschutz für die Anrainer, Einhaltung der Betriebszeiten interessiert die politisch Verantwortlich nicht mehr.

Hat sie nie interessiert, könnte man sagen, nunmehr aber mit einem zusätzlichen Argument versehen. Direktor Falch hat freie Hand und wird diese auch nützen. Wer soll ihm widersprechen und Vorgaben machen? Die Politik hat sich verabschiedet.

Zusätzlich erschwerend kommt nun hinzu, dass die IKB nach eigenen Angaben derzeit nur die Steuer auf den Gewinn lukrieren möchte, indem sie diesen mit dem Abgang zum Beispiel aus IVB oder Bädern kompensiert. Die Frage ist, wann auch der reale Gewinn für die IKB interessant wird. Spätestens dann, wenn die dubiosen Crossborder-Geschäfte sich nicht als zauberhafte Geldmengenvermehrung herausstellen sondern zu weiteren Finanzleistungen durch die IKB führen, wird die IKB und damit die Stadt und Land unverblümt Interesse an einer Ausweitung des Gewinns der TFG haben.

Aber schon die finanziellen Streitigkeiten zwischen Stadt und IKB betreffend Bädertarife bzw. die Kosten der Neugestaltung der Maria-Theresien-Straße inkl. Grabungsarbeiten werden dazu führen, diese ganz einfach durch höhere Gewinne der TFG zu lösen. Den Flughafendirektor wird's freuen, die IKB und die Stadt sind zufrieden. Begründet wird das alles mit der notwendigen Anbindung des Flughafens, mit Tourismus und lokaler Wirtschaft, dem Bedürfnis der Bevölkerung nach Urlaubsflügen. Und die betroffene Bevölkerung als Opfer des Lärms und der Abgase wird weiterhin ignoriert.

Es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis die Betriebszeiten weiter ausgedehnt werden und der Probelaufstand an Dritte vermietet wird. Alles im Interesse von zusätzlichen Einnahmen für die Kommune. Alles auf Kosten der anrainenden Bevölkerung. Dem Umweltstadtrat Peer wohnhaft in Igls wird's egal sein, dem Direktor E. Schmid in Nassereith genauso. Und die Anrainer bleiben über.

AIA
Innsbruck 12.02.2009

